

Aufschwung festigen – durch gute Arbeit und steigende Löhne!

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2015 und 2016

Inhaltsübersicht

Aufschwung in Sicht – auch
auf dem Arbeitsmarkt **1**

Faktoren des Aufschwungs **3**

Hohe Bedeutung der
Binnennachfrage **4**

Finanzpolitik: Wem gehört
der Überschuss? **5**

Starke Weltwirtschaft,
schwaches Euroland **7**

Kräftige Lohnsteigerungen in
Deutschland geboten **9**

Aufschwung in Sicht – auch auf dem Arbeitsmarkt

In den letzten Jahren war viel vom „Erfolgsmodell“ Deutschland die Rede. Das britische Wirtschaftsmagazin „The Economist“ schrieb 2011 sogar über „Germany’s new Wirtschaftswunder“. Immer neue Rekordzahlen vom Arbeitsmarkt schienen diese Botschaften zu bestätigen.

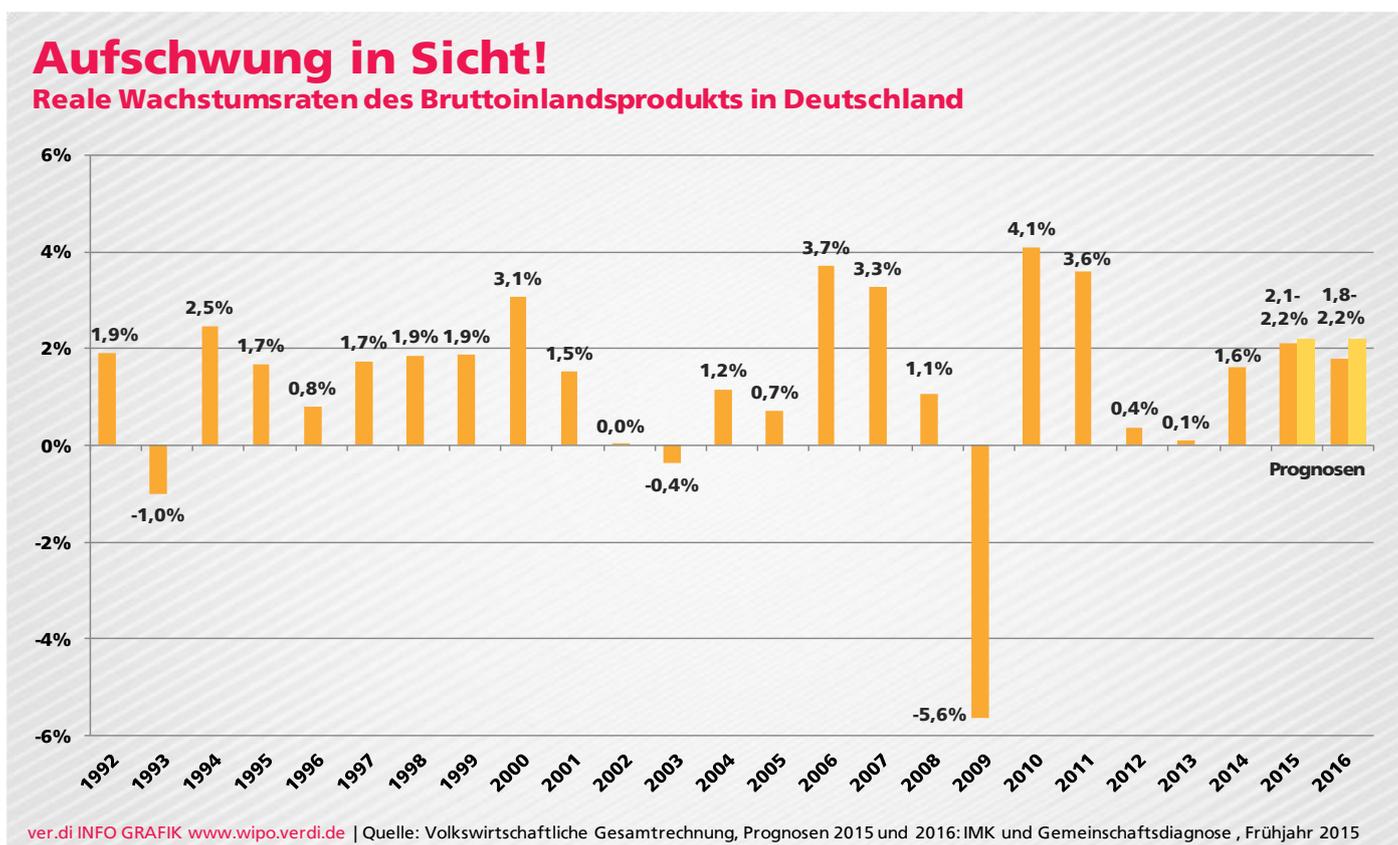
Mit der Realität hatte dies allerdings wenig zu tun. 2012 und 2013 war die Wirtschaft in Deutschland fast gar nicht gewachsen. Zwischenzeitlich hat sich die Lage jedoch deutlich verbessert. Die Chancen für einen breiten und anhaltenden Aufschwung stehen gut. Bereits 2014 ist die Wirtschaft um 1,6 Prozent gewachsen, für 2015 und 2016 prognostizieren die großen Wirt-

schaftsforschungsinstitute eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 2,1 und 1,8 Prozent. Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) sieht die Entwicklung sogar noch positiver und prognostiziert für 2015 und 2016 ein Wachstum von jeweils 2,2 Prozent.

Damit zeichnen sich auch endlich wieder echte Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt ab. Immer neue Rekordmeldungen hatten in der Vergangenheit nämlich einen großen Makel: Der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen ging oftmals mit einem Rückgang der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden einher. Mehr Beschäftigte wurden also auf weniger Arbeitsstunden verteilt. 2012 und 2013 war das Arbeitsvolumen beispielsweise um insgesamt rund 300 Millionen Stunden zu den Vorjahren gesunken, während die Zahl der Beschäftigten um über 700.000 gestiegen war.

Das Problem dabei ist, dass dies nicht in Form von Arbeitszeitverkürzung der Vollzeitbeschäftigten und mit Lohnausgleich geschah, sondern durch eine starke Ausweitung oft schlecht bezahlter und zumeist nicht existenzsichernder Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung. Auf der anderen Seite nahmen die Arbeitsbelastung und oft auch die Arbeitszeiten der Vollzeitbeschäftigten sogar zu.

Das nun zu verzeichnende höhere Wachstum lässt Arbeitsvolumen und Erwerbstätigenzahl gleichermaßen ansteigen. 2014 stieg die Zahl der Erwerbstätigen um gut 370.000 und das Arbeitsvolumen nahm um knapp 900 Millionen Stunden ebenfalls zu. Auf diese Weise wird tatsächlich zusätzliche Beschäftigung geschaffen – und nicht nur vorhandene Arbeit und vorhandene Einkommen auf mehr Köpfe verteilt. Gute Aussichten also?



Faktoren des Aufschwungs

Getragen wird das höhere Wachstum von der gestärkten Binnennachfrage in Deutschland. Das ist eine wesentliche Veränderung zur Situation von vor der großen Krise. Die Investitionstätigkeit hat nach Jahren der Flaute wieder etwas angezogen. Die Staatsausgaben dümpeln allerdings nicht zuletzt wegen der zum Dogma erhobenen „Schwarzen Null“ weiter auf niedrigem Niveau und tragen nur wenig zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Auch für die Zukunft gehen die Prognosen von einer schwachen Entwicklung aus, obwohl sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte deutlich verbessert.

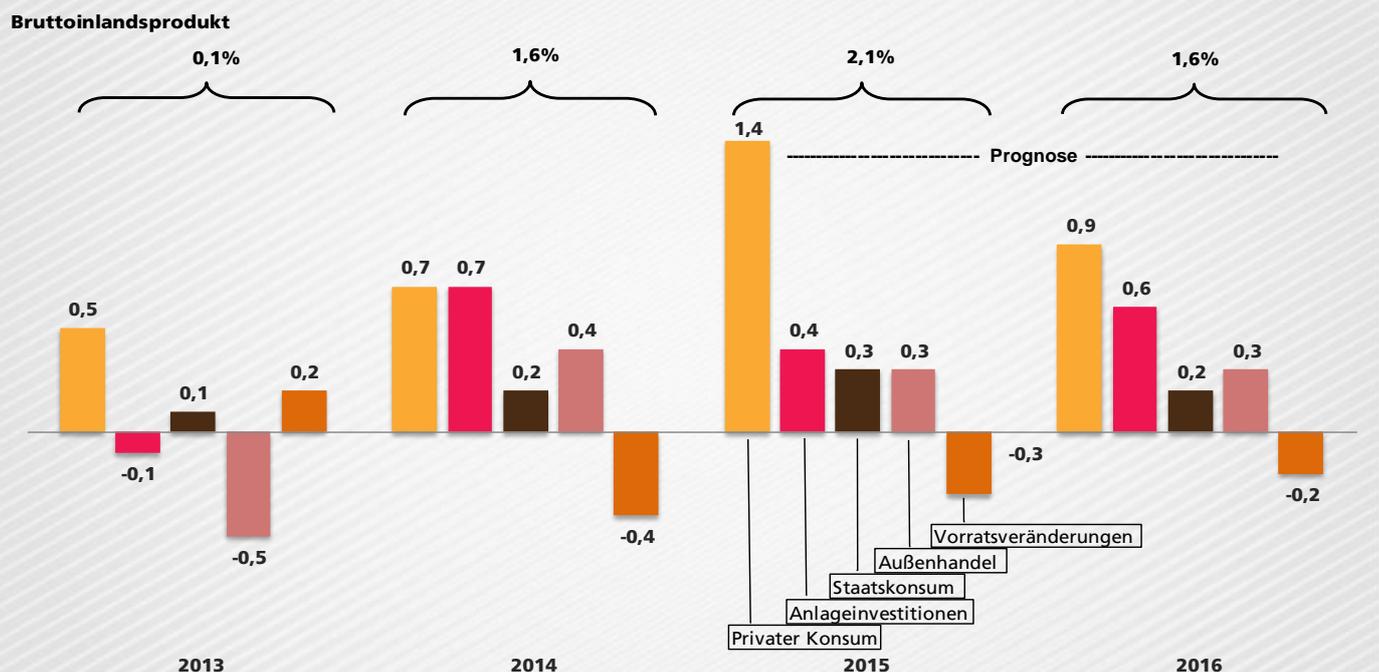
» Die wichtigste Säule des Wachstums ist inzwischen der private Konsum.

Die wichtigste Säule des Wachstums ist der private Konsum. Bereits 2014 ist er für knapp die Hälfte des Wachstums verantwortlich. In den Prognosen für die kommenden Jahre wird der private Konsum sogar zum entscheidenden Wachstumstreiber: 2015 und 2016 soll er zu rund zwei Dritteln für das Wachstum verantwortlich sein. Der Anstieg der Beschäftigung und die positive Entwicklung bei den Arbeitseinkommen sind hierfür entscheidend.

Einen weiteren Schub hat die Lohnentwicklung durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015 bekommen. Rund 3,7 Millionen Beschäftigte, die bislang im Niedriglohnssektor weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdienten, profitieren mit zum Teil deutlich höheren Löhnen von dieser arbeitsmarkt- und sozialpolitisch enorm bedeutenden Neuregelung. Anders als die wirtschaftsnahen Institute vorher-

Was treibt das Wachstum an?

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukt und seiner Komponenten in %-Punkten



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: 2013/2014: Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR); 2014/2015: Prognose Gemeinschaftsdiagnose (GD) vom April 2015

gesagt hatten, kam es keineswegs zu einem Abbau von Beschäftigung durch den Mindestlohn. Zu verzeichnen ist lediglich ein Rückgang der Minijobs um etwa 200.000 zugunsten mehr sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, was als großer Erfolg zu beurteilen ist. Die durch den Mindestlohn bewirkte Steigerung der Nachfrage bringt sogar Impulse für mehr Beschäftigung.

Auch der massive Rückgang des Ölpreises hat zur gewachsenen Bedeutung des privaten Konsums beigetragen. Seit Mitte 2014 hatte sich der Rohölpreis halbiert. Dadurch blieb den Menschen mehr Geld, das sie für andere Güter und Dienstleistungen ausgegeben haben.

Hohe Bedeutung der Binnennachfrage

Diese nun zu verzeichnende zunehmende Bedeutung der Binnennachfrage für das deutsche Wachstum ist eine längst überfällige Entwicklung. In der Vergangenheit war es vor allem der Außenhandel, der für das Wachstum in Deutschland maßgeblich verantwortlich war. Jetzt hat sich die Exportabhängigkeit reduziert und damit die Abhängigkeit von den Wechselkursen der Weltkonjunktur.

Allerdings ist Deutschland noch weit von einer Situation entfernt, die der Zielsetzung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes eines „außenwirtschaftlichen Gleichgewichts“ entspricht. Auch 2014 beruhte immerhin noch ein Viertel des Wachstums auf dem Exportüberschuss. Hier wirkt sich nicht nur die schwache Lohnentwicklung der Vergangenheit aus, sondern auch der schwache Euro. Hätte Deutschland noch die DM, wäre deren Wert durch die hohen Exportüberschüsse massiv gestiegen. Dies hätte deutsche Produkte

im Ausland teurer gemacht und auf diese Weise dem Exportüberschuss entgegengewirkt. Aufgrund der Währungsunion reagiert der Außenwert des Euro jedoch nicht auf die deutsche, sondern auf die gesamteuropäische Entwicklung, die deutlich schlechter verläuft. Statt aufzuwerten hat der Euro gegenüber dem US-Dollar seit Anfang 2014 rund 20 Prozent an Wert verloren. Hiervon profitiert insbesondere die deutsche Exportwirtschaft, da Güter für das Ausland billiger wurden.

» Die deutsche Exportwirtschaft profitiert massiv vom schwachen Euro.

Damit setzt sich trotz Stärkung der Binnenkräfte in abgeschwächter Form die problematische und krisentreibende Entwicklung fort, dass andere Länder sich gegenüber Deutschland verschulden. Denn sobald ein Land mehr verkauft als es aus dem Ausland kauft, verschuldet sich das Ausland automatisch in Höhe der Differenz. 2014 erreichte der Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz mit dem Ausland mit 7,6 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung sogar einen neuen Allzeitrekord. Für das laufende Jahr prognostiziert die Europäische Kommission einen weiteren Anstieg auf 7,9 Prozent.

Die Zuwächse beim Export liegen zwar nicht mehr in der Größenordnung vergangener Jahre. Damit ist die Bedeutung des Außenhandels für das Wachstum geringer geworden. Gleichwohl wird für 2015 und 2016 weiterhin von nennenswerten außenwirtschaftlichen Wachstumsimpulsen ausgegangen. Der Außenhandel trägt aber nur dann zum Wachstum bei, wenn der Exportüberschuss im Vergleich zum Vorjahr zunimmt. So entfernt sich Deutschland aber noch weiter vom außenwirtschaftlichen Gleichgewicht und treibt mit permanenten Leistungsbilanzüber-

schüssen die internationale Verschuldung weiter voran.

Schon allein deshalb muss die Binnen- nachfrage weiter gestärkt werden. Dann würden auch die Importe zunehmen und so die Überschüsse verringert. Neben weiterhin deutlich steigenden Löhnen muss auch der Staat endlich seiner Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung gerecht werden. Dies macht eine Steigerung öffentlicher Ausgaben notwendig. Dies ist auch absolut überfällig, da die Infrastruktur seit Jahren auf Verschleiß gefahren wird.

Finanzpolitik: Wem gehört der Überschuss?

Die öffentlichen Haushalte entwickeln sich erfreulich gut. Zum dritten Mal konnte der Staat insgesamt einen Überschuss erzielen. Er stieg von 2,6 Milliarden Euro im Jahr 2012 über 4,2 auf 18 Milliarden Euro im Jahr 2014. Der Bund hat 2014 sogar erstmals seit 1969 wieder schwarze Zahlen geschrieben (ohne das Ausnahmejahr 2000 mit Milliardeneinnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen). In den kommenden Jahren erwarten Bundesregierung und Wirtschaftsinstitute weiter steigende Überschüsse. Knapp 26 Milliarden Euro sollen es 2016 werden.

Die Steuerschätzung vom Mai 2015 hat die günstige Entwicklung bestätigt. Gegenüber der Schätzung vom November 2014 werden pro Jahr rund sechs bis acht Milliarden Euro höhere Einnahmen erwartet. Bis 2019 insgesamt ein zusätzliches Plus von gut 38 Milliarden Euro. Die unerwarteten Mehreinnahmen teilen sich überwiegend Bund und Länder. Aber auch für Städte und Gemeinden sollen die jährlichen Einnahmen um rund eine Milliarde höher als erwartet ausfallen.

Sprudelnde Steuereinnahmen rufen regelmäßig Befürworter von Steuersenkungen auf den Plan. So auch jetzt. In der Gemeinschaftsdiagnose empfehlen die Wirtschaftsforschungsinstitute, den Solidaritätszuschlag auf den Prüfstand zu stellen. Bei der Einkommensteuer sehen sie sogar Spielraum für eine umfassende Reform. Sie könne, wie die Steuersenkungen Anfang der 2000er Jahre, in mehreren Stufen erfolgen.

So berechtigt Entlastungen im unteren Einkommensbereich auch sind: Die vorgeschlagenen Steuersenkungen, folgen dem Prinzip „je höher das Einkommen, desto höher die Entlastung“. Insbesondere von einer Abschaffung des Soli würden Menschen mit hohem Einkommen überproportional profitieren. Alleinstehende mit durchschnittlichem Einkommen – brutto rund 30.000 Euro im Jahr – hätten pro Monat nur knapp 20 Euro mehr. Bei einem Jahresgehalt von 100.000 Euro sind es schon rund 130 Euro Steuerersparnis. Und Einkommensmillionäre bekämen jeden Monat fast 2.000 Euro geschenkt – pro Million versteht sich.

» Abschaffung des Soli wäre für Millionäre pro Monat ein Steuergeschenk von 2.000 Euro.

ver.di fordert im Konzept Steuergerechtigkeit ebenfalls Entlastungen. Doch die Steuereinnahmen sollen insgesamt nicht sinken. Entlastungen im unteren Einkommensbereich sollen durch eine wieder stärkere Besteuerung von hohem Einkommen gegenfinanziert werden. Nach dem ver.di-Vorschlag müssten Alleinstehende ab etwa 70.000 Euro brutto im Jahr mehr Steuern zahlen.

Bei aller Freude über zunehmende Steuereinnahmen: Den Verzicht darauf können wir uns nicht leisten. Die Spatzen pfeifen seit Jahren von den Dächern, dass die öffentlichen Investitionen

nicht einmal ausreichen, um die Infrastruktur auf dem bisherigen Stand zu halten und gesellschaftlich notwendige Aufgaben zu erledigen. Trotz wieder steigender Investitionen ist der Investitionsstau weiter gewachsen. Laut einer aktuellen Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beträgt er bei den Kommunen mittlerweile über 130 Milliarden Euro. Wirtschaftsminister Gabriel hat eigens eine Kommission eingesetzt, die im April Vorschläge zur „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ vorgelegt hat.¹ Private Investoren, also Allianz und Co. ins Boot holen, lautet ein Vorschlag, weil Bund, Länder und Gemeinden angeblich kein Geld haben.

Auch öffentliche Arbeitgeber verweisen mit Vorliebe während Tarifausschreibungen darauf, dass trotz sprudelnder Steuereinnahmen in den Kassen Ebbe sei. Angesichts der Haushaltsituation gelten etwa die aktuellen Forderungen zur Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste als überzogen und „unbezahlbar“. Grundsätzlich verweisen politisch Verantwortliche darauf, dass wegen Schuldenbremse und mangelnder Ressourcen kein Weg an der Reduzierung von Personalkosten vorbei gehe – so Finanzminister Schneider aus Niedersachsen bei einer steuerepolitischen Tagung von ver.di in Berlin.²

Die Ankündigung von Steuergeschenken bei gleichzeitiger Klage über Flaute in den Kassen und Investitionsstau – das passt nicht zusammen. Für die Wirtschaftsforschungsinstitute schon:

» Steuergeschenke und Klagen über leere Kassen passen nicht zusammen.

„Zusätzliche investive Ausgaben sind auch erforderlich, sollten aber durch eine Begrenzung des Anstiegs konsumtiver Ausgaben finanziert werden.“ Konsumtiv heißt Ausgaben im laufenden Rechnungsjahr, zum Beispiel Mieten, Strom und – Personal. Mit weiteren Personalkürzungen sollen also dringend notwendige Investitionen finanziert werden.

Eine Politik, die im Interesse künftiger Generationen handelt, sollte nicht nur auf unnötige und ungerechte Steuersenkungen verzichten. Sie könnte sich außerdem trotz Schuldenbremse deutlich höhere Ausgaben leisten. Im Monatsbericht vom September 2014 erklärt das Bundesministerium der Finanzen, dass im Jahr 2013 die zulässige Neuverschuldung um 30 Milliarden Euro unterschritten wurde. Seit Inkrafttreten der Schuldenbremse für den Bund im Jahr 2011 hat der Bund insgesamt 86 Milliarden Euro weniger ausgegeben, als gesetzlich möglich gewesen wäre. Die Schuldenregeln hätten es der Bundesregierung erlaubt, bis heute weit über 100 Milliarden Euro neue Schulden aufzunehmen. Und das zu Tiefstzinsen!

Die Überschüsse in den öffentlichen Haushalten und der Verzicht, den gesetzlich erlaubten Verschuldungsspielraum auszunutzen, dienen dazu, die öffentliche Verschuldung in beispielloser Geschwindigkeit abzubauen. Mit der Finanzmarktkrise waren die öffentlichen Schulden auf zwei Billionen Euro hochgeschwollen – das sind über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der größte Teil des Anstiegs wurde dabei durch Ausgaben für Bankenrettung bzw. Übernahme von faulen Papieren der Banken verursacht – vom Finanzministerium als „Maßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise“ bezeichnet

Von ihrem Höchststand ist die öffentliche Verschuldung innerhalb kürzester Zeit herunter

¹ Der Bericht der Kommission mit den ergänzenden und abweichenden Positionen der Gewerkschaften (Seite 13-16) ist zu finden unter:

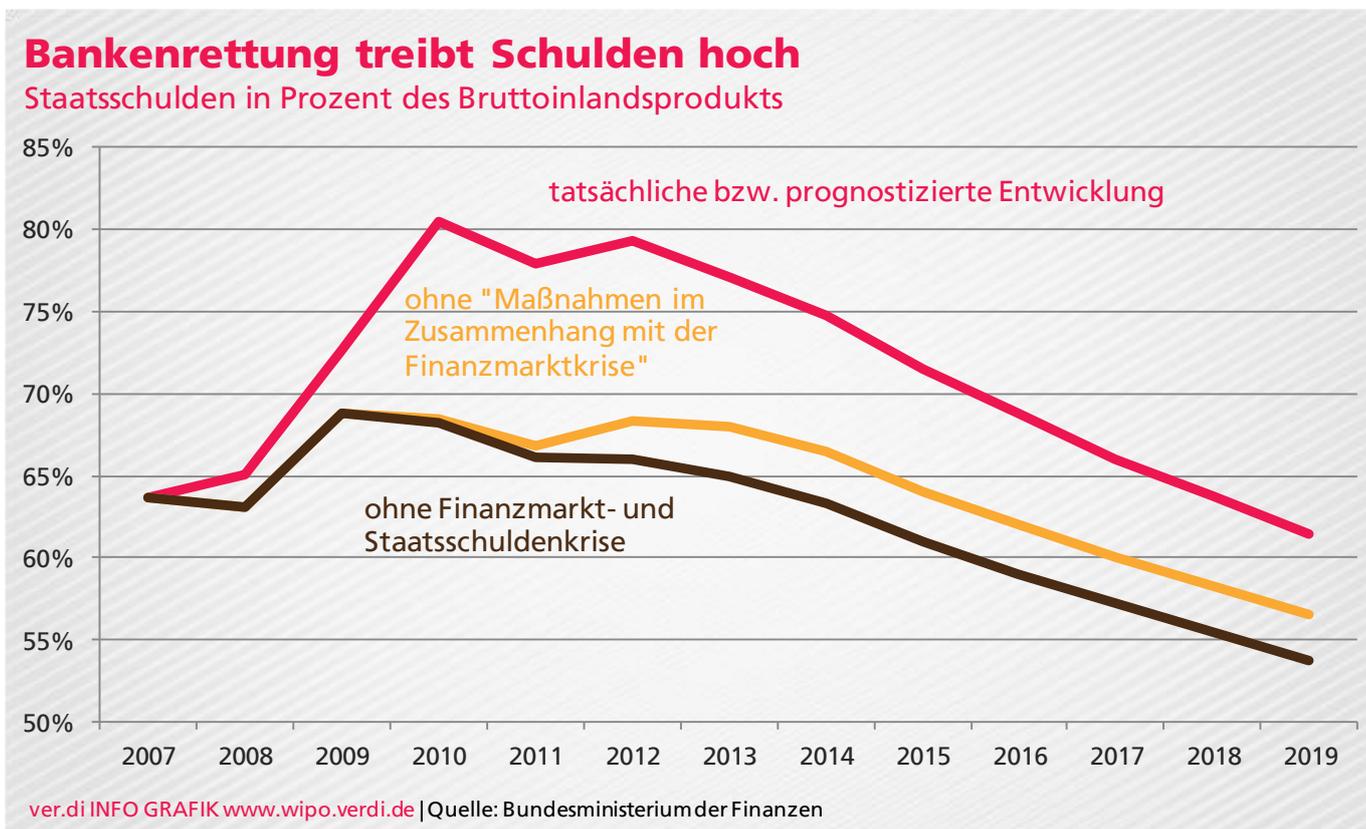
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=702188.html>
² [Steuerepolitische Tagung](https://bundeslaender.verdi.de/) am 18./19. Mai 2015: <https://bundeslaender.verdi.de/>

gedrückt worden und soll im laufenden Jahr weiter auf 71,5 Prozent sinken. Kein Land hat seine Schulden so drastisch reduziert. In Deutschland zahlen heute die Beschäftigten im öffentlichen Dienst für die 300 Milliarden schwere Bankenrettung von 2009. Ebenso werden künftige Generationen auf lange Zeit darunter leiden, dass die Infrastruktur verfällt und für Zukunftsinvestitionen nicht genug Geld bereitgestellt wird. Und das alles nur, weil die große Koalition Steuererhöhungen zum Tabu erklärt hat und die „schwarze Null“ für wichtiger hält als die Zukunft unseres Landes.

Starke Weltwirtschaft, schwaches Euroland

Die derzeit gute wirtschaftliche Lage in Deutschland profitiert von guten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das weltweite Wachstum wird dieses Jahr voraussichtlich über drei Prozent liegen. Der niedrige Ölpreis schmiert gewissermaßen den globalen Wachstumsmotor. Dadurch werden bislang sogar die negativen konjunkturellen Wirkungen der geopolitischen Großkonflikte überkompensiert.

In den USA setzt sich das kräftige Wachstum des letzten Jahres (+ 2,4%) fort. Im laufenden und im nächsten Jahr wird das US-Bruttoinlandsprodukt den Prognosen der Gemeinschaftsdiagnose zufolge um jeweils rund drei Prozent zunehmen. Die Beschäftigung wächst weiter. Für die Arbeitslosenquote werden nach 6,2 Prozent



2014 mit 5,5 Prozent im laufenden Jahr und 5,1 Prozent in 2016 Tiefststände erwartet. Steigende Realeinkommen treiben den privaten Konsum. Die Unternehmen investieren kräftig. Und der Staat steht nicht mehr auf der Ausgabenbremse.

Auch die Schwellenländer – mit Ausnahme Russlands – wachsen weiter kräftig, während die japanische Wirtschaft nur langsam vom Fleck kommt. Für das laufende Jahr wird nach Stagnation im Jahr 2014 mit einem Anstieg der japanischen Wirtschaftsleistung um 1,1 Prozent, für 2016 sogar von 1,6 Prozent gerechnet.

Als globale Wachstumsbremse präsentiert sich der Euroraum. 2014 gab es hier nur ein karges Wachstum von 0,9 Prozent. Für dieses Jahr prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute eine leichte Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von 1,4 Prozent mit leicht steigender Tendenz für 2016 mit dann 1,6 Prozent. Der sinkende Ölpreis, niedrige Zinsen, ein billiger Euro und eine weniger harte Kürzungspolitik stützen die Erholung. Negativ wirkt die hohe Arbeitslosigkeit.

Erschwerend hinzu kommt, dass im Euroland die wirtschaftliche Entwicklung extrem gespalten ist. Während in Deutschland, Holland, Spanien, Portugal und Irland die Wirtschaft moderat wächst, stottert der Konjunkturmotor in Frankreich, Italien, Finnland und vor allem Griechenland. In den schwach wachsenden Euroländern drosselt eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit die Binnennachfrage. Die staatliche Finanzpolitik bremst zwar das Wachstum nicht mehr mit zusätzlichen Kürzungen, trägt den Prognosen zufolge in diesem und im nächsten Jahr allerdings auch fast nichts zum Wachstum bei.

Der hieraus resultierende gesamtwirtschaftliche Nachfragemangel drückt auf die Preise im gesamten Euroraum. Laut Gemeinschaftsdiagnose werden die Verbraucherpreise im laufenden

Jahr konstant bleiben, das IMK erwartet sogar einen Rückgang um 0,3 Prozent. So positiv sinkende Preise auf den ersten Blick für die Verbraucher sind, für die Wirtschaft sind sie Gift und bedrohen Arbeitsplätze. Wenn Autos, Fernseher und Waschmaschinen immer billiger werden, oder dies die Verbraucher nur erwarten, verschieben sie ihre Käufe

» **Die Nachfrage bleibt die Achillesferse der Entwicklung.**

in die Zukunft. Sinkende Preise bedeuten schrumpfende Umsätze und Gewinne, während die Belastungen aus Schulden unverändert bleiben.

Die Europäische Zentralbank (EZB) kämpft mit allen Mitteln gegen den drohenden Preisverfall. Die Zentralbanker haben den Leitzins auf ein historisch niedriges Niveau von 0,05 Prozent gesenkt. Zudem kauft die EZB Monat für Monat europäische Staatsanleihen im Wert von über 60 Milliarden Euro. Damit versuchen die Zentralbanker das Zinsniveau zu drücken und den Euro zu verbilligen. Die niedrigen Zinsen ärgern zwar viele Sparer, verhindern jedoch, dass sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert.

Die europäische Geldpolitik hat die Finanzierungsbedingungen – bei anhaltend nennenswerten Unterschieden bei den nationalen Kreditzinsen für Unternehmen – verbessert. Der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar lag im Mai 2015 knapp 20 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Langsam scheint sich die laxe Geldpolitik im Kampf gegen die Deflation auszuzahlen: Zumindest für 2016 werden allseits wieder steigende Preise in der Größenordnung von einem Prozent prognostiziert.

Steigende Preise und billigere Kredite veranlassen die Unternehmen allein aber noch nicht mehr zu investieren. Ohne einen Anstieg der

Nachfrage und positive Nachfrageerwartungen werden die Unternehmen ihre Produktion nicht merklich erweitern. Gleichzeitig pumpen die Zentralbanker immer mehr Geld in den Finanzsektor. Das fördert die Spekulation und lässt die Vermögenspreise steigen. Davon profitieren erneut die Reichen und es drohen neue Blasen an den Finanzmärkten zu entstehen.

Nur durch einen finanz- und lohnpolitischen Kurswechsel kann es gelingen, die Wachstumsbremse in der Eurozone zu lösen und zu einer ausgewogeneren Wirtschaftsentwicklung zu kommen. In den Krisenländern muss die ökonomisch schädliche Kürzungspolitik und die Politik der Strukturreformen beendet werden. Die griechische Regierung versucht gerade einen solchen Kurswechsel einzuleiten. Sie stößt aber auf den massiven Widerstand der Gläubigerländer, insbesondere Deutschlands.

Europa braucht jetzt ein Aufbau- und Entwicklungsprogramm, einen Marshallplan. Mit Hilfe milliardenschwerer Investitionen in wichtige Bereiche wie Verkehr, Energie, Gesundheit, Klimaschutz und Bildung kann die Eurozone aus der Krise herauswachsen. Finanziert werden kann ein solches europäisches Investitionsprogramm durch eine europäische Vermögensabgabe und Anleihen der Europäischen Investitionsbank. Deutschland sollte mit einer Offensive für sozial-ökologische Investitionen und die Stärkung öffentlicher Dienstleistungen mit gutem Beispiel vorangehen.

Kräftige Lohnsteigerungen in Deutschland geboten

Der Lohnentwicklung in Deutschland als der größten Wirtschaftsnation im Euroraum kommt

zentrale Bedeutung zu. Im vergangenen Jahrzehnt fand eine massive Umverteilung zugunsten der Gewinne und der Vermögenseinkommen statt. Die stagnierenden, teils sinkenden Reallöhne und Lohnstückkosten haben dazu beigetragen, dass innerhalb des Euroraums riesige Ungleichgewichte und Auslandsverschuldungen der späteren Krisenstaaten aufgebaut wurden.

Seit der Krise 2008/2009 steigen die Reallöhne in Deutschland wieder. Die Lohnquote – der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen – hat sich gegenüber dem Tiefpunkt 2007 etwas erholt und stabilisiert. Der Rückstand gegenüber den anderen Eurostaaten wurde aber nicht aufgeholt. Stattdessen wurden die Löhne in den Krisenstaaten massiv gesenkt, mit den bekannten katastrophalen Folgen für die sozialen Lage der Menschen und die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern.

Die deutschen Gewerkschaften orientieren sich bei der Aufstellung ihrer Tarifforderungen am sogenannten verteilungsneutralen Spielraum. Dieser setzt sich zusammen aus der erwarteten Preissteigerung und dem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität. Wenn das Lohnplus genau diese Schwelle erreicht, ändert sich an der Verteilung zwischen Arbeit und Kapital nichts. Lohn- und Gewinnquote bleiben konstant. Die Beschäftigten werden am wirtschaftlichen Zuwachs beteiligt.

Seit 2012 ist es den Gewerkschaften in Deutschland wieder gelungen, den verteilungsneutralen Spielraum nicht nur auszuschöpfen, sondern sogar Tarifabschlüsse oberhalb dieser Zielmarke durchzusetzen. Begünstigt wurde dies dadurch, dass durch sinkende Ölpreise und die schwache Wirtschaftsentwicklung im Euroraum die Inflationsraten stark gesunken sind.

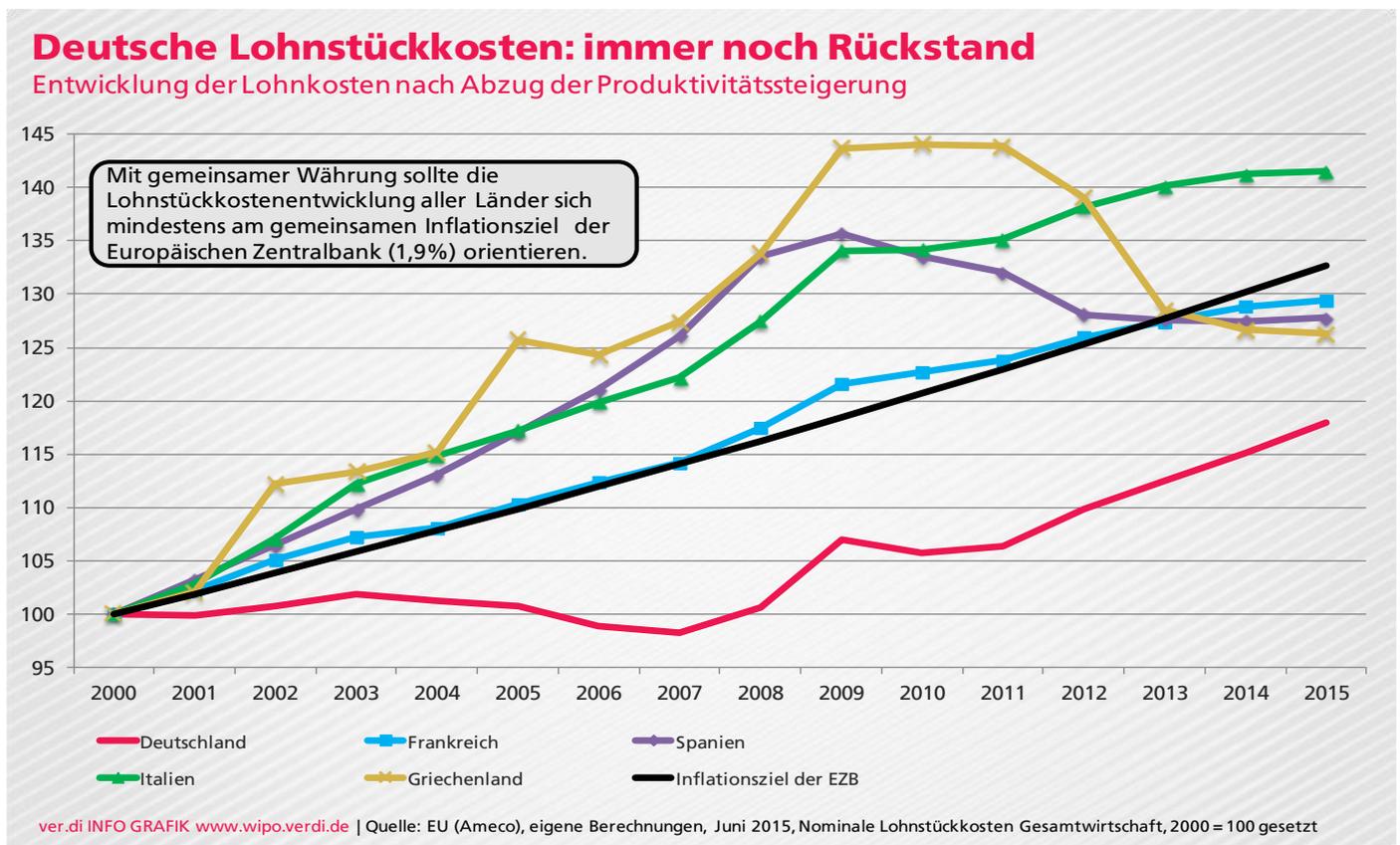
Für 2015 wird ein Zuwachs der Verbraucherpreise von etwa 0,5 Prozent, für 2016 von etwa 1,5 Prozent erwartet. Bei der Arbeitsproduktivität lauten die Prognosen 1,2 Prozent Steigerung in 2015 und 1,0 bis 1,5 Prozent in 2016. Daraus ergibt sich für 2015 ein verteilungsneutraler Spielraum für Lohnerhöhungen von knapp zwei Prozent und für 2016 von 2,5 bis 3 Prozent, jeweils bezogen auf 12 Monate.

Hinsichtlich der Preisentwicklung ist es aber sinnvoll, anstelle der tatsächlichen Preisentwicklung die Zielinflation der EZB von knapp zwei Prozent anzusetzen, solange die Inflationsrate unter diesem Wert liegt. Damit würde einer drohenden Deflation und der Spaltung des Euroraums in

» Kräftige Lohnzuwächse würden die wirtschaftliche Entwicklung weiter stützen.

mehr und weniger wettbewerbsstarke Mitgliedsstaaten entgegengewirkt. Daraus ergibt sich ein Korridor für Lohnsteigerungen von drei bis 3,5 Prozent pro Jahr. Die Forderungen gehen natürlich in der Regel darüber hinaus.

Die anhaltend viel zu hohen Exportüberschüsse Deutschlands zeigen, dass von einer Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft keine Rede sein kann. Auch von dieser Seite her steht also kräftigen Lohnsteigerungen, die den üblichen Verteilungsspielraum übersteigen, nichts im Wege. Im Gegenteil, sie wären sogar geboten. Je kräftiger die Lohnzuwächse, die wir durchsetzen können, desto mehr wird zugleich die binnenwirtschaftliche Wachstumsdynamik gestärkt, die Exportabhängigkeit reduziert und kommenden Krisen entgegengewirkt.



Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Bsirske
Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer, Dr. Sabine Reiner, Dr. Norbert Reuter, Anita Weber
Kontakt: wirtschaftspolitik@verdi.de..... Juni 2015